

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Ruth Paulig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 29.09.2005

Aktivitäten von Rechtsextremisten im Bereich der Planungsregion 17 (Landkreis Weilheim-Schongau, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach)

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Wie hat sich die Deliktquote von Skinheadgruppen, Freien Kameradschaften, NPD, DVU und anderen Rechtsextremisten in der oben genannten Region in den letzten 10 Jahren entwickelt (Aufschlüsselung nach Jahren und Landkreisen erbeten)?
b) Welche Deliktarten sind im genannten Zeitraum bei Aktivitäten von Skinheadgruppen, Freien Kameradschaften, NPD, DVU und anderen Rechtsextremisten registriert worden?
2. a) Welche Strategien präventiver Art wurden bisher von den Polizeikräften und von anderen staatlichen Stellen angewandt, um Aktivitäten von Skinheadgruppen, Freien Kameradschaften, NPD, DVU und anderen Rechtsextremisten bereits im Vorfeld begegnen zu können?
b) Hält die Staatsregierung die ergriffenen Maßnahmen auf Grund der Vorfälle im Februar 2005 in Kochel (Beschlagnahme von Waffen, Verwenden verfassungswidriger Symbole) für ausreichend?
3. Ist von den Ermittlungsbehörden eine Zunahme der Radikalisierung bzw. der Gewaltbereitschaft bei diesen Gruppierungen festgestellt worden?
4. a) Welche Skinheadgruppen, Freie Kameradschaften, NPD- und DVU-Gruppierungen sind im Bereich der Planungsregion 17 bekannt?
b) Sind zwischen den jeweiligen Gruppen organisatorische und logistische Zusammenhänge festzustellen?
5. Bestehen Kontakte der oben genannten Personengruppen zu anderen rechtsextremistischen Gruppen, die außerhalb der Planungsregion 17 (landes-, bundes- und EU-weit) agieren?
Organisieren sich oben genannte Gruppen durch eigene Kraft (finanziell und personell) oder werden diese durch Personen oder Gruppen außerhalb der Planungsregion 17 angeleitet?
6. Liegen den Ermittlungsbehörden Erkenntnisse darüber

vor, ob im Bereich öffentlicher Schulen rechtsextremistisches Propagandamaterial (Zeitungen, Flugblätter, Musik-CDs) verteilt wurde?

Liegen den Ermittlungsbehörden Erkenntnisse darüber vor, ob Schülerinnen und Schüler durch oben genannten Personenkreis angeworben wurden?

Antwort

des Staatsministeriums des Innern

vom 31.10.2005

Zu 1. a):

Mit der nachfolgenden Tabelle werden die Fälle der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- für die in Rede stehenden Landkreise der Planungsregion 17 (Lkr. Weilheim-Schongau, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach) unter Angabe der jeweiligen Deliktsquoten dargestellt.

Die Jahre 1996 bis 2001 wurden nicht ausgewertet, da das entsprechend vorhandene Datenmaterial nicht aussagekräftig ist. Der Grund dafür sind gesetzliche Aussonderungsfristen. Diese kommen grundsätzlich nach fünf Jahren und unter bestimmten Voraussetzungen bereits nach drei oder sogar nach einem Jahr zum Tragen. Das heißt, Akten davon betroffener Fälle sind bereits vernichtet worden. Das bereinigte Zahlenmaterial aus diesem Zeitraum ist somit nicht mehr zu belegen und insoweit wenig aussagekräftig. Die Deliktsquoten der Jahre 2002 bis 2005 stellen sich wie folgt dar:

PMK -rechts- in den Jahren	2002	2003	2004	2005
Bayern gesamt	1537	1376	1521	1139
Lkr. Weilheim-Schongau	74	25	29	20
davon Skinheads, NPD, DVU, ...	41 (55,4 %)	4 (16 %)	1 (3,4 %)	1 (5 %)
Lkr. Garmisch-Partenkirchen	27	18	11	7
davon Skinheads, NPD, DVU, ...	7 (25,9 %)	4 (22,2 %)	1 (9,1 %)	0
Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	28	11	18	26
davon Skinheads, NPD, DVU, ...	6 (21,4 %)	0	2 (11,1 %)	17 (65,4 %)
Lkr. Miesbach	9	9	8	7
davon Skinheads, NPD, DVU, ...	1 (11,1 %)	0	0	0

Auffällig im Jahre 2002 ist der hohe Anteil (55,4 %) von Straftaten im Lkr. Weilheim-Schongau, der statistisch dem Bereich von Skinhead-Gruppen, NPD, DVU und Freien Kameradschaften zuzurechnen war. Der Grund hierfür waren zahlreiche Verstöße nach § 86a StGB am 23.05.02. Ein Fotogeschäft in Peiting hatte mitgeteilt, dass ein Film zum Entwickeln gebracht wurde, bei dem auf mehreren Bildern eine Person bzw. mehrere Jugendliche zu sehen sind, die den Hitlergruß zeigen.

Zu 1. b):

Folgende Deliktsarten wurden in den Jahren 2002–2004 registriert:

- § 86a StGB – Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
- § 130 StGB - Volksverhetzung
- § 185 StGB - Beleidigung
- § 303 StGB - Sachbeschädigung
- § 223 StGB - Körperverletzung
- § 224 StGB - Gefährliche Körperverletzung

Anzumerken ist, dass am häufigsten Straftaten (§ 86a StGB) begangen worden sind. Gewaltdelikte wurden dagegen nur wenige festgestellt, und zwar:

- 2 Körperverletzungen (§ 223 StGB) im Jahre 2002 im Lkr. Weilheim-Schongau durch Skinheads.
- In den Jahren 2003 und 2004 ist in den gefragten Landkreisen keine Gewalttat registriert worden.

Zu 2. a):

Bei Auftreten von Personen des rechtsextremistischen Spektrums in der Öffentlichkeit, sei es im Bereich von Gaststätten oder sonstigen öffentlich zugänglichen Örtlichkeiten, werden am Einzelfall orientiert in der Regel folgende polizeiliche Maßnahmen durchgeführt:

- Aufklären und Beraten der jeweiligen Hausrechtsverantwortlichen
- Gefährderansprachen von „Führungsverantwortlichen“ der rechtsextremistischen Szene
- Vorkontrollen unter Ausnutzung aller rechtlich zur Verfügung stehender Mittel (neben Personalienfeststellung auch Durchsuchung von Personen und Sachen)
- kurzzeitige Observation von Zielpersonen des Spektrums
- Durchführen von Sammelkontrollen (Razzien) in einschlägigen Lokalen an Tagen mit szenetypischem Kultstatus (z. B. am 20.04., dem Geburtstag von Adolf Hitler)

Unabhängig von konkreten Einsatzlagen werden bei den Kommissariaten Staatsschutz über diesen Personenkreis objekt- und personenbezogene Erkenntnisse geführt.

Im Einzelnen wurde beispielsweise erreicht, dass ein Stammtisch der NPD in einer Weilheimer Gaststätte vom Wirt nicht geduldet oder die Räumlichkeiten einer Gaststätte in Wolfratshausen für ein kurzfristig bekannt gewordenes Treffen der „Kameradschaft München“ mit örtlichen Skinheads vom Inhaber nicht mehr zur Verfügung gestellt wurde.

Auch bei Bekanntwerden von geplanten Treffen in privaten Räumlichkeiten werden Gefährderansprachen, Vorkontrollen und kurzzeitige Observationen durchgeführt.

Darüber hinaus gelang es der Polizeidirektion Weilheim in Zusammenarbeit mit der Autobahndirektion Südbayern, die überörtlichen Treffen der rechtsextremistischen Szene unter der Autobahnbrücke in Ohlstadt mit oft bis zu 100 Personen (in den Jahren 1999 bis 2003) zu unterbinden. Durch bauliche Veränderungen wurden die bis dahin für die Veranstaltungen genutzten öffentlichen Bereiche zum befriedeten Be-

sitztum (auch nach rechtlicher Beurteilung der Staatsanwaltschaft München II), sodass die Treffen seit 2004 dort nicht mehr stattfanden.

Nach den Durchsuchungsmaßnahmen am 12.03.05 im „Kameradschaftsheim“ der „Division Oberland“ wurde in Absprache mit dem Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen und der Gemeinde Kochel am See aufgrund der baurechtlichen Nutzungsänderung und dem Fehlen einer Gaststättenkonzession das „Kameradschaftsheim“ geschlossen, sodass die überörtlichen Treffen hier nicht mehr stattfinden konnten.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit unterrichtet der Verfassungsschutz die Regierung sowie das Parlament und informiert die Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Organisationen. Zudem können sich die Kommunen bei Polizei und Verfassungsschutz über solche Bestrebungen in ihrem Zuständigkeitsbereich informieren. Darüber hinaus leisten Mitarbeiter des Verfassungsschutzes präventive Arbeit, indem sie insbesondere an Schulen, aber auch bei Veranstaltungen anderer Einrichtungen über rechtsextremistische Bestrebungen referieren.

Im Übrigen wird auf den Katalog „Bayerische Maßnahmen gegen Rechtsextremisten“ verwiesen, welcher auch im Internet-Angebot des Staatsministeriums des Innern enthalten ist (www.stmi.bayern.de/sicherheit/verfassungsschutz/extremismus/detail/04871/).

Zu 2. b):

Bei der erwähnten Durchsuchungsaktion im „Kameradschaftsheim“ der „Division Oberland“ wurden keine erlaubnispflichtigen Schusswaffen beschlagnahmt, sondern lediglich ein nicht schussfähiger Karabiner K 98.

Rechtsextremistische Gewaltdelikte, fremdenfeindliche Straftaten und Kriminalität gegen Ausländer, Asylbewerber und Aussiedler werden von den Sicherheitsbehörden in Bayern unter Ausschöpfung aller rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten seit Jahren mit allen Mitteln bekämpft.

Die Bayerische Polizei schreitet konsequent gegen Straftaten aus dem Bereich der Politisch motivierten Kriminalität - rechts- ein und trifft alle erforderlichen polizeitaktischen Maßnahmen, um die Begehung dieser Delikte bereits im Ansatz zu unterbinden und zu verfolgen. Dies reicht von polizeilichen Kontrollen über die konsequente strafrechtliche Verfolgung, geht über die Versagung und Verhinderung von Veranstaltungen bis hin zu Vereinsverboten. Dazu arbeitet auch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz eng mit der Polizei zusammen.

Es ist festzuhalten, dass Bayern nach wie vor zu den Ländern mit den geringsten Zahlen rechtsextremistischer Gewalt im Vergleich zur Bevölkerungszahl gehört.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bislang konsequent gegen Straftaten aus dem Bereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- vorgegangen wurde und auch weiterhin mit Nachdruck darauf hingewirkt wird, den Schutz von Ausländern vor ausländerfeindlichen Straf- und Gewalttaten unter dem Aspekt eines ganzheitlichen Ansatzes aller Behörden und Einrichtungen in Bayern zu optimieren.

Zu 3.:

Eine Zunahme der Radikalisierung bzw. der Gewaltbereit-

schaft ist bei den in der Schriftlichen Anfrage genannten Gruppierungen bislang nicht feststellbar.

Zu 4. a):

Es liegen folgende Erkenntnisse vor:

Skinheadgruppen:

• **Skinhead-Kameradschaft „Division Oberland“**

Die Skinhead-Kameradschaft „Division Oberland“ wurde im Jahr 2001 gegründet. Mangels Interesse zerfiel die Gruppierung zunächst, wurde jedoch im Jahr 2002 erneut ins Leben gerufen. Bis Ende 2004 beschränkten sich die Aktivitäten auf private Treffen, Skinhead-Partys im kleinen Rahmen und die Teilnahme an rechtsextremistischen Veranstaltungen. Erst seit Anfang 2005 entwickelt die „Division Oberland“ öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Sie setzt sich aus einer kleinen Gruppe führender Aktivisten und einer Anhängerschaft von 20 bis 30 Personen zusammen.

• **Skinhead-Szene „Skinheads Ammertal“**

Nach ihrer Gründung im Jahr 2002 blieben die „Skinheads Ammertal“ wegen der Dominanz der Skinhead-Kameradschaft „Division Oberland“ in dieser Region zunächst weitgehend inaktiv. Die Szeneangehörigen beteiligten sich meist an Veranstaltungen anderer Gruppierungen. Letztendlich entschloss sich der informelle Führer der „Skinheads Ammertal“ für den Zusammenschluss mit der Skinhead-Szene Wessobrunn sowie mit Anhängern eines Münchener Fußballclubs. Die Gruppierung umfasst etwa 20 Personen.

• **Skinhead-Szene Weilheim/Schongau**

Die Aktivitäten der seit mehreren Jahren bestehenden Skinhead-Szene Weilheim/Schongau sind deutlich zurückgegangen. Die Szeneangehörigen haben sich zum großen Teil der Skinhead-Kameradschaft „Division Oberland“ beziehungsweise den „Skinheads Ammertal“ angeschlossen.

• **Skinhead-Szene Geretsried/Wolfratshausen**

Die Skinhead-Szene besteht aus etwa 25 Personen, die keine eigenen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen organisieren, sondern sich gelegentlich den Münchner Szenemitgliedern bei diversen Veranstaltungen anschließen.

• **Skinhead-Szene Garmisch-Partenkirchen**

Das Potenzial der Garmischer Skinhead-Szene beträgt derzeit etwa 10 bis 15 Personen. Ein Großteil der Sympathisanten stammt aus den neuen Bundesländern und ist im Gastronomiegewerbe beschäftigt.

In Murnau offeriert der seit Oktober 2003 bekannte Skinheadmusikvertrieb „Nationalversand“ Szenekleidung der Marken Lonsdale, Fred Perry, Harrington und Consdapple. Des Weiteren werden dort Tonträger von Skinheadbands, Schmuck, Aufnäher sowie Fahnen zum Kauf angeboten. Der Inhaber des Vertriebs organisierte am 16. Juli 2005 in Murnau eine Grillfeier. Unter den etwa 70 Teilnehmern befanden sich neben Szenemitgliedern aus München auch Besucher aus Italien und Österreich. Am 30. September 2005 fand in Murnau die private Verlobungsfeier des Vertriebsinhabers statt. Für die musikalische Unterhaltung sorgten die

Liedermacher Annett Moeck und Michael Müller. Unter den etwa 100 Teilnehmern, die dem äußeren Erscheinungsbild nach alle der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen waren, befanden sich Angehörige der „Kameradschaft München“ und der „Kameradschaft Augsburg“ sowie Rechtsextremisten aus Südtirol („Blood & Honour“).

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Der NPD-Kreisverband Weilheim-Schongau, der auf der Internetseite der NPD als „KV Oberland“ bezeichnet wird, entwickelt seit 2002 keine Aktivitäten mehr. Die im Rahmen des Bundestagswahlkampfs am 18. und 25. Juni 2005 in Weilheim errichteten Infostände wurden vom NPD-Bezirksverband Oberbayern angemeldet.

Nach einer Pressemeldung vom 22. Februar mit der Überschrift „Rechtsextreme in Südbayern formieren sich“ wurde angeblich am 10. Februar 2005 in Ohlstadt der NPD-Kreisverband Garmisch-Partenkirchen gegründet. Bestätigende Erkenntnisse konnten dazu bisher nicht gewonnen werden.

Freie Kameradschaften und Deutsche Volksunion (DVU)

Über aktive Freie Kameradschaften in der Planungsregion 17 liegen keine Erkenntnisse vor. Auch die DVU ist dort organisatorisch nicht präsent.

Zu 4. b):

Direkte organisatorische oder logistische Zusammenhänge unter den o. a. Gruppierungen sind bis auf die in der Antwort zur Frage 4. a) erwähnten nicht feststellbar.

Zu 5.:

Der NPD-Kreisverband Weilheim-Schongau ist vom NPD-Bezirksverband Oberbayern abhängig. Die wenigen öffentlichen Aktivitäten der NPD im Planungsbereich 17 wurden bisher von dem NPD-Funktionär Roland Wuttke initiiert. Dieser ist (in Personalunion) Vorsitzender des NPD-Bezirksverbands Oberbayern und des Kreisverbandes München. Er unterstützt die Kreisverbände im NPD-Bezirksverband Oberbayern sowohl organisatorisch als auch mit inhaltlichen Konzepten.

Die „Kameradschaft München“ versucht Einfluss auf die um München liegenden Kameradschaften und Gruppierungen zu nehmen, um Wähler für die NPD zu gewinnen.

Die Skinhead-Kameradschaft „Division Oberland“ unterhält intensive Kontakte zu Norman Bordin nach München sowie zu ehemaligen Angehörigen der am 22. Januar 2004 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ (F.A.F.). Eine Anleitung durch Personen oder Gruppen außerhalb der Planungsregion 17 ist bei der „Division Oberland“ nicht feststellbar.

Am 20. November 2004 fand in Eschenlohe, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, eine Veranstaltung mit führenden Rechtsextremisten unter der Organisationsbezeichnung „Politischer Arbeitskreis Oberland“ statt. An dem Treffen nahmen auch Mitglieder der „Division Oberland“ teil. Über das Thema „Deutsche Rechte im Aufbruch“ diskutierten dort der Vorsitzende der „Deutschland-Bewegung“ Dr. Alfred Mechttersheimer, der ehemalige Vorsitzende der Partei „Die Republikaner“ (REP) Franz Schönhuber und der Vorsitzen-

de der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen Holger Apfel. Bei diesem „Politischen Arbeitskreis Oberland“ handelt es sich um keine strukturierte Organisation; vielmehr wurde diese Bezeichnung bisher nur für die oben genannte Veranstaltung verwendet.

Zu 6.:

Am Gymnasium in Schongau legten unbekannte Täter am

18. Februar 2005 in mehreren Klassen Flugblätter mit der Aufschrift „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD“ und Unterschriftenlisten „Wehrt Euch! Gemeinsame Unterschriftenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei; DVU NPD“, aus. Der/Die Verbreiter konnte(n) nicht ermittelt werden.

Darüber hinaus sind in der Planungsregion 17 bislang keine Erkenntnisse über die Verteilung rechtsextremistischer Zeitungen und Musik-CDs bzw. Anwerbungsversuche im Bereich öffentlicher Schulen angefallen.